

Sperrfrist  
Freitag, 3. September 2004  
12.00 Uhr



economisesuisse

## **Es gilt das gesprochene Wort**

**Tag der Wirtschaft**  
**3. September 2004, in Zürich**

### **Präsidialansprache von Herrn Ueli Forster**

In der laufenden Wachstumsdiskussion gibt es für mich fast so etwas wie ein Paradoxon: Während die Schweiz bei internationalen Ländervergleichen unter Verwendung der Arbeitsproduktivität und des Wirtschaftswachstums regelmässig im Schlussfeld erscheint, figuriert sie in den Erhebungen der KOF-ETH über die Innovationsaktivitäten der Schweizer Unternehmen weiterhin in der Spitzengruppe. So hat die schweizerische Wirtschaft 2002 ihren führenden Platz im Vergleich von elf europäischen Ländern behauptet, auch wenn der Vorsprung geschmolzen ist. Eine Lösung dieses Rätsels liegt möglicherweise darin, dass die wertschöpfungsstärksten bzw. wachstumswirksamsten Innovationen zunehmend im Ausland umgesetzt und auch von dort aus vermarktet werden. Das würde erklären, warum die guten Innovationsleistungen der Schweizer Unternehmen sich immer weniger im gesamtwirtschaftlichen Ergebnis dieses Standorts niederschlagen. Gewiss: Die zunehmend globale Arbeitsteilung stellt die meisten Unternehmen vor die Frage, wo Innovationen am wirtschaftlichsten den Märkten zugeführt werden. Ich möchte das am Beispiel meines Unternehmens stichwortartig illustrieren: die Idee von den Kreateuren auf dem Laufsteg in Paris, das industrielle Design und die Produktentwicklung in der Schweiz, die Umsetzung zur Produktionsreife in China, Modell und Schnitt in Europa, Einbau ins Markenimage in den Zentralen der Konzerne und innovative Verkaufsideen weltweit. Jeder einzelne Schritt bedingt also innovatives Agieren, bei uns ebenso wie in allen Unternehmen.

Der Befund einer zunehmend weltweiten Stafette im Innovationsprozess wirft für eine kleine Volkswirtschaft wie die Schweiz manch spannende Frage auf, die ich im Rahmen meiner kurzen wirtschaftspolitischen Tour d'Horizon aber nicht ausleuchten kann. Er rückt aber klar die Notwendigkeit einer konsistenten Wachstumspolitik ins Licht.

Wie sieht denn aus unserer Sicht eine Politik aus, die Innovation nicht nur fördert, sondern auch Anreize schafft, sie hierzulande umzusetzen und so Wachstum zu generieren? Eine solche Politik verlangt nicht in erster Linie nach mehr Staat. Innovationsgetriebene Markterfolge lassen sich nicht mit der förderpolitischen Brechstange erzwingen.

Was will und braucht also die Wirtschaft? Aus dem grossen Strauss von Antworten will ich heute drei herausstreichen: herausragende Menschen, also Humankapital, ein leistungsförderndes Steuersystem und eine optimale Einbettung unseres Landes in die Weltwirtschaft.

Wissens- und humankapitalintensive Unternehmen benötigen eine solide Basis qualifizierter Arbeitskräfte und institutionelle Rahmenbedingungen, die Leistungsanreize bieten und Flexibilität

ermöglichen. Ausschlaggebend für die Innovationskraft eines Wirtschaftsstandorts sind deshalb die Ordnungspolitik im Allgemeinen, ein vernünftiges Steuersystem und die Qualität der Bildungs- und Forschungspolitik.

Erlauben Sie mir zur Bildungs- und Forschungspolitik, zu der dann Herr Dr. Franz Humer substantiell Stellung beziehen wird, ein paar Worte: Obwohl ständig von einem wettbewerbsfähigen Bildungs- und Forschungssystem die Rede ist, tun wir uns mit diesem Ordnungsprinzip schwer. So will man dem Entstehen von privaten Fachhochschulen in der Revision des Fachhochschulgesetzes einen Riegel schieben, und die Studiengebühren als Element des Wettbewerbs und der Ergänzungsfinanzierung sind verpönt. Der Erfolg der Bildungs- und Forschungspolitik wird sodann lieber am Input statt am Output bzw. der Effizienz gemessen. Nur so ist es erklärbar, dass wir seit fünf Jahren erfolglos über eine zukunftsfähige, effiziente Hochschulstruktur debattieren, obwohl entsprechende Vorschläge vom Schweiz. Wissenschafts- und Technologierat und von *economiesuisse* auf dem Tisch liegen. Bis zum Beweis des Gegenteils sind wir nach wie vor davon überzeugt, dass die Hochschulen nur partnerschaftlich zwischen Bund und Kantonen betrieben werden können. Dabei hat sich die Politik ausschliesslich auf die Fixierung der essenziellen Rahmenbedingungen wie Regelung der Zu- und Übergänge, Studiengebühren, Anerkennung von Abschlüssen, Qualitätssicherung und einheitliche Finanzierung zu beschränken, um den Hochschulen grösstmögliche Autonomie zu belassen. Im Weiteren umfasst eine Innovationspolitik auch einen wirksamen und einfachen Schutz des geistigen Eigentums. Die laufende Revision des Patentgesetzes entspricht leider diesen Anforderungen nicht. So atmet vor allem die vorgeschlagene Einschränkung der Patentierbarkeit im Bereich der Biotechnologie den Geist der Wissenschaftsfeindlichkeit, was im Widerspruch zu einem zukunftsfähigen Wissenschaftsplatz Schweiz steht. Schliesslich brauchen Bildung und Forschung angemessene Mittel. Die Wirtschaft hat sich stets dafür eingesetzt und wird das auch in Zukunft tun. Wir müssen aber eines bedenken: Bildung und Forschung sind nur dann Investitionen in die Zukunft, wenn sie nicht mit Schulden erkaufte werden, die sich längerfristig als Hypothek für die Volkswirtschaft erweisen. Und das führt mich zur Finanz- und Steuerpolitik.

Auch hier – wie in der Sozialpolitik – sind zukunftsweisende und innovative Weichenstellungen gefragt. Zu glauben, das Bisherige hätte sich bewährt und könne problemlos weiterhin finanziell gesichert werden, ist vordergründig bequem, aber nicht realisierbar.

Die meisten Konkurrenzländer der OECD sind bestrebt, mittels eines milden Steuerklimas Unternehmen und Investitionen anzuziehen, um damit Arbeitsplätze zu schaffen. Denken wir nur an die innovativen Bestrebungen in Zentraleuropa, an die zielgerichtete Steuerpolitik von Irland oder an die künftige, sehr attraktive „KöSt“ in Österreich. Ich könnte zahlreiche weitere Beispiele auflisten, die aufzeigen, dass der Wettbewerb in der Steuerpolitik international intensiver geworden ist. Die Schweiz darf deshalb auf keinen Fall auf ihren Lorbeeren ausruhen, sondern sie muss ihr System innovativ und kompetitiv gestalten. Konkret muss die Schweiz dieser Entwicklung Rechnung tragen, indem sie insbesondere krasse steuerliche Wettbewerbsnachteile beseitigt. Dazu gehört die wirtschaftliche Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne; ein gravierendes Handicap, mit dem die Schweiz heute praktisch allein dasteht. Berücksichtigt man diesen Aspekt, so schneidet die Schweiz im internationalen Vergleich der Unternehmensbesteuerung schlechter ab als bei einer Gegenüberstellung der Gewinnsteuer allein. So betragen die effektiven Steuersätze auf Dividendeneinkommen gemäss OECD in der Schweiz heute fast 60 Prozent, zehn Prozent mehr als im EU-Durchschnitt. Dies belastet vor allem KMU. Und gerade sie wollen und sollen gemäss einhelliger Meinung gefördert werden, um die Erneuerungsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern.

Das bringt mich zur Unternehmenssteuerreform, ein Projekt, das mir als Unternehmer besonders am Herzen liegt. Die anstehende Reform ist nicht – wie gewisse Kreise suggerieren – eine Geschenkpäckung für die Reichen, sondern ein dringend benötigtes Wachstumsprogramm und somit eine

Investition in die Zukunft der Wirtschaft mit mehr Arbeitsplätzen, Wachstum und mehr und günstigerem Kapital für KMU. Seit langem fordert die Wirtschaft eindringlich, bei der Dividendenbesteuerung die Doppelbelastung von Aktiengesellschaft und Aktionär zu beseitigen. Die Vernehmlassung ist nun abgeschlossen und erwartungsgemäss kontrovers ausgefallen. Wir warten nun gespannt darauf, dass der Bundesrat vor allem die stimulierenden Effekte hoch gewichtet und drängen darauf, dass er die kontraproduktive Idee einer Beteiligungsgewinnsteuer „versenkt“. Die Wirtschaft will eine Teilbesteuerung für alle Dividenden ohne Beteiligungsgewinnsteuer nach einem Modell „3+“, d.h. erweitert um eine Herabsetzung der Dividendenbemessungsgrundlage auf höchstens 50 Prozent. Längerfristig muss das Problem der Doppelbesteuerung komplett beseitigt und entsprechende Finanzierungsverzerrungen müssen eliminiert werden. Es gibt verschiedene zukunftsweisende Ansätze, wie dies dann erfolgen könnte. Das Ausland macht sie uns vor, ebenso wie die wachstumsfördernden Auswirkungen dort erkennbar sind.

Stichwort Ausland: Sie haben diese Woche von der Datenreihe des EU-Statistikamts Eurostat lesen können. Daraus geht einmal mehr deutlich hervor, wie rasant der wirtschaftliche Vorsprung der Schweiz gegenüber dem EU-Durchschnitt gemessen am BIP pro Kopf nach so genanntem Kaufkraftstandard sinkt. Lagen wir 1991 noch 42 Prozent über dem Durchschnitt der EU-15, sind es heute nur noch 18 Prozent. Unser Vorsprung gegenüber unserem statistischen Verfolger Österreich ist stark geschrumpft. Ich frage Sie deshalb provokativ: Müssen uns die Habsburger schlagen, bis die Eidgenossen erwachen, die Verkrustungen aufbrechen und steuerlich endlich etwas dafür tun, dass Jungunternehmer Aussicht auf Belohnung ihrer Risikobereitschaft haben?

Nicht nur die Gestaltung der Steuerseite, auch die Ausgabenseite ist wachstumspolitisch wichtig. Wir werden mit unseren Stellungnahmen hier – zu Unrecht wie ich meine – von gewissen Kreisen als „Staats- oder Sozialabbauer“ eingestuft. Lassen Sie mich doch eines vorerst unmissverständlich festhalten: Wir, *economiesuisse*, die Wirtschaft, fordern keinen Abbau, keine Demontage des Staates, kein Sparen aus Trotz und wider besseren Wissens. Wir wissen um die Bedeutung eines erstklassigen Bildungs- und Forschungssystems; wir wissen um die Wichtigkeit effizienter, leistungsstarker Verkehrsinfrastrukturen; wir wissen um die Notwendigkeit solider Sozialwerke, weil sie eine Voraussetzung für den sozialen Frieden in diesem Land sind. Auch die Wirtschaft bekäme einen qualitativen Abbau in all diesen Bereichen zu spüren. Doch die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte und die Perspektiven der Sozialwerke haben sich im letzten Jahrzehnt dramatisch verschlechtert. Wir wissen, dass eine Trendwende, eine Verbesserung der Situation nicht von alleine geschieht. Deshalb wollen wir die notwendigen Diskussionen, Aussprachen und Grundsatzgedanken. Wir wollen ehrliche Rechenschaft darüber, was mit dem Geld geschieht, das wir versteuern und ausgeben. Wir wollen einfach nicht, dass unsere Steuermittel in veraltete Strukturen oder auf ineffiziente Art und Weise versickern. Auch mit dem kommenden Entlastungsprogramm plant der Bundesrat noch immer fünf Milliarden Franken Mehrausgaben bis 2008. Verglichen mit dem Wirtschaftswachstum und der Teuerung ist das in unseren Augen noch zu viel. Ein solches überproportionales Ausgabenwachstum können wir uns nicht mehr leisten. Wir setzen uns deshalb für eine fokussierte Zunahme der Bundesausgaben um etwa drei Milliarden Franken bis 2008 ein, und zwar auf Bereiche, die sich wachstumspolitisch lohnen. Es sollen Investitionen in die Zukunft sein.

Zum ersten Entlastungsprogramm, dem EP03, sagte ich letztes Jahr, dass das Programm als Minimalpaket nötig wurde, weil der Bund massiv über seine Verhältnisse gelebt hat. Zum zweiten Entlastungsprogramm, dem EP04, sage ich dieses Jahr, dass das Programm nötig wurde, weil der Bund weiterhin deutlich über seine Verhältnisse lebt. Zwar hat das erste Entlastungsprogramm eine erste, überfällige Korrektur gebracht. Das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt hat es aber bei weitem nicht beheben können. Noch immer werden in den nächsten Jahren milliardenhohe Defizite den Bundeshaushalt stark belasten. Auch die etwas positiveren Konjunkturaussichten dürften an

diesen besorgniserregenden Perspektiven grundsätzlich nichts ändern. Die Bundesschulden liegen bei über 123 Milliarden Franken, ein Betrag mehr als dreimal so hoch, wie er noch vor 15 Jahren war.

An der Spitze von *economiesuisse* bin ich immer wieder gefordert, das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU aus Unternehmersicht darzulegen. Dabei stelle ich oft einen Kontrast zwischen der öffentlichen Wahrnehmung unserer Beziehungen zur Union und der Sicht in Unternehmerkreisen fest. Woher rührt dies? Viele Schweizerinnen und Schweizer haben Mühe mit der Vorstellung zu leben, dass wir als kleines Land mitten in der nun wesentlich grösser gewordenen Europäischen Union draussen vor der Tür bleiben. Übt die europäische Gruppendynamik ihre Wirkung aus? Allerdings sind weite Kreise in der Schweiz der Auffassung, dass es für sie vorderhand zumindest nicht nachteilig ist, wenn wir nicht voll in der Union mitmachen.

Aus Wirtschaftssicht muss in dieser Frage immer wieder klar zwischen staatspolitischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen unterschieden werden. Die staatspolitischen Hürden für einen Beitritt sind hoch. Ohne grundlegende direktdemokratische Reformen ist ein Beitritt nicht denkbar. Aus wirtschaftspolitischer Sicht gibt es kaum Gründe für einen Beitritt, auch wenn das wirklich Eingebettetsein in einen riesigen Markt Vorteile bietet. In unserem Kreis diskutieren wir diese Frage nüchtern. Es sind nach wie vor die gleichen Stolpersteine, die einen Beitritt unattraktiv machen: erstens die Probleme im Bereich der Finanz- und Fiskalpolitik, zweitens im Bereich der Geld- und Währungspolitik und schliesslich im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. So gesehen ist die Situation klar: In naher und mittlerer Zukunft rechnen die Unternehmen nicht mit einem Beitritt und richten sich entsprechend darauf ein.

Das Verhältnis der Schweiz zur EU hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Nachdem die sieben bilateralen Abkommen I seit mehr als zwei Jahren in Kraft sind und sich bewähren, ist nun auch die negotiatorische Phase für die bilateralen Abkommen II abgeschlossen. Dies ist aus unserer Sicht eine wichtige Etappe. Angesichts deren Bedeutung seien die politischen Ergebnisse nochmals in Erinnerung gerufen: Mit dem Abkommen über die Zinsbesteuerung bleibt das schweizerische Bankkundengeheimnis gewahrt. Durch die zeitlich nicht begrenzte Opting-out-Klausel wird es auch im Falle einer möglichen, von der EU geplanten Ausdehnung der Rechtshilfe auf direkte Steuern nicht tangiert werden. Die Aufhebung der Quellenbesteuerung auf Zahlungen von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen ist für international tätige Firmen von Bedeutung und stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz. Das Abkommen über verarbeitete Landwirtschaftsprodukte führt zu einer Marktöffnung und verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Nahrungsmittelindustrie. Das Abkommen Schengen/Dublin fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Polizei-, Justiz- und Asylwesen und erleichtert den freien Personenverkehr. Die Ausdehnung des Schengen-Visums auf die Schweiz wird sich positiv auf einen Teil des Tourismus und des Geschäftsreiseverkehrs mit Überseeländern auswirken. Das Verhandlungsergebnis betreffend die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die zehn neuen Mitgliedstaaten verbessert die Flexibilität, und die massvollen Übergangsfristen und Schutzklauseln ermöglichen eine schrittweise und kontrollierte Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes. Der Bundesrat und die schweizerischen Unterhändler haben gute Arbeit geleistet.

Mit diesen zwei Verhandlungsrunden sind Abkommen erzielt worden, die zusammen mit dem Freihandelsabkommen und den zahlreichen weiteren bilateralen Verträgen eine solide Grundlage für gutnachbarschaftliche Beziehungen zur EU geschaffen haben. Vor allem ist damit das Fundament gelegt, das einen zufrieden stellenden Zugang zum Binnenmarkt ermöglicht. Noch gibt es aber Unwägbarkeiten: Wenn auch davon ausgegangen werden kann, dass die eidgenössischen Räte dem Verhandlungsergebnis im Bereich der bilateralen Abkommen II zustimmen werden, muss im Falle von Schengen/Dublin mit einem Referendum gerechnet werden. Wir von der Wirtschaft kommen zum Schluss, dass dieses Abkommen, nachdem die notwendigen Kautelen eingebaut

worden sind, durchaus Sinn macht und Unterstützung verdient. Wir werden also mithelfen, dass dieses Abkommen in einer allfälligen Abstimmung nicht gefährdet wird. Besonders wichtig wird es sein, bei einem allfälligen Referendum die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten über die Runden zu bringen. Es wäre fatal, wenn die Stimmbürger diesem Abkommen die Gefolgschaft verweigern würden. Die Gefahr bestünde nämlich, dass die bilateralen Abkommen in infolge der bestehenden „Guillotineklausel“ in Frage gestellt würden. Dies würde aber auch eine Gefährdung des Bilateralismus insgesamt bedeuten und unserem vertraglichen Fundament mit der EU die Grundlage entziehen. Die Beziehungen zwischen unserem Land und der EU würden in höchstem Masse strapaziert. Eine solche Krise hätte unabsehbare Konsequenzen für die schweizerische Volkswirtschaft. Nicht nur *economiesuisse*, sondern alle Unternehmer sind deshalb, zusammen mit Parlament, Bundesrat und politischen Parteien, aufgefordert, sich in dieser Sache notfalls mit äusserster Entschlossenheit zu engagieren.

Wenn auch in nächster Zeit in der innenpolitischen Diskussion unser Verhältnis zur EU im Vordergrund steht, so zeichnen sich auf globaler Ebene neue Herausforderungen ab: Die WTO-Verhandlungen befinden sich in einer schwierigen Phase. Dies führt immer mehr Staaten dazu, kontinentübergreifende Freihandelsabkommen abzuschliessen. Für die schweizerische Volkswirtschaft ist der multilaterale Ansatz nach wie vor vorrangig zu verfolgen. Daneben kommen wir aber im Sinne einer Doppelstrategie nicht darum herum, unser Freihandelsnetz entschlossen auszubauen. *economiesuisse* wird sich dafür einsetzen.

\* \* \*

Die grosse Aufgabe für die wirtschaftlich und politisch Verantwortlichen dieses Landes ist es, besser als bisher klarzumachen, dass der Gewinn aus Reformen nicht nur deutlich grösser ist als die kurzfristigen Belastungen, sondern auch breit gestreut ist. Mit andern Worten geht es deshalb auch nicht darum, mit Reformen auf das von sozialem Zusammenhalt geprägte schweizerische Wirtschaftsmodell zu verzichten, sondern bloss sich auf die marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien zurückzubesinnen. Ich appelliere deshalb an alle verantwortlichen Kräfte mitzuhelfen, die dazu unerlässlichen wachstumsorientierten Reformen anzupacken, damit wir im internationalen Vergleich nicht weiter abrutschen. Weder dürfen wir resignieren, noch können wir die vermeintliche Uneinsichtigkeit und Reformunwilligkeit des Soveräns einfach dem System der direkten Demokratie in die Schuhe schieben, wie es einige Ökonomen und Politologen tun. Politik ist und bleibt das Bohren dicker Bretter mit dünnen Bohrern. Wir können Stillstand und Widerstand nur überwinden, wenn es uns gelingt, die Einsicht zu vermitteln, dass der Verzicht oder die Verschiebung von notwendigen Reformen zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten und Wohlfahrtsverlusten führt. Das erfordert eine Koalition all derjenigen Kräfte, denen das Wohl dieses Landes am Herzen liegt. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Freiheit und Eigenverantwortung baut, ordnungs- und nicht prozesspolitisch ausgerichtet ist, die Wandel und Offenheit als Schlüssel zum langfristigen Erfolg versteht, ist automatisch auch eine gute Innovationspolitik. Hier müssen die Schwerpunkte für eine sinnvolle Innovationsoffensive liegen.